

# Schwäbische Zeitung



**Angeklagter gesteht Tankstellenüberfälle**  
34-Jähriger vom Vorwurf der vorsätzlichen Körperverletzung freigesprochen. Seite 19

**Mehlsack bleibt weiter gesperrt**  
Brandschutzvorgaben beim Ravensburger Wahrzeichen noch nicht erfüllt. Seite 15



Mo.-Fr. € 1,60 | Sa. € 1,90 UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK Dienstag, 16. Juni 2015

ANZEIGE

**Südfinder TICKET**

Südfinder.de/ticket  
Hotline 0751 29555777

## Verbot für Elefanten im Zirkus gefordert

MANNHEIM (dpa) - Die baden-württembergische Landesregierung fordert ein Verbot von Elefanten im Zirkus. Die Bundesregierung müsse nun handeln, auch andere Bundesländer seien für ein solches Verbot, sagte eine Sprecherin des Ministeriums für den ländlichen Raum am Montag. Am Samstag war die Elefantkuh Baby im Neckar-Odenwald-Kreis aus einem Zirkus entkommen und hatte einen Spaziergänger getötet. Sie wurde am Montag in einem Tierpark untergebracht. SEITE 9

## Mehr Geld für Elektroautos

BERLIN (sz) - Kanzlerin Angela Merkel (CDU) erwägt, mehr finanzielle Mittel für den Ausbau der Elektromobilität zur Verfügung zu stellen. Dies gab sie auf der Konferenz zur Elektromobilität am Montag in Berlin zu verstehen. Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2020 mindestens eine Million Elektrofahrzeuge auf deutsche Straßen zu bringen. Bislang sind es allerdings nur knapp 30 000. Woran das liegt und welche Lösungsansätze diskutiert wurden, lesen Sie auf SEITE 8

## In Todesgefahr für ein Facebook-Foto

BREMEN/RAVENSBURG (dpa/sz) - Immer häufiger muss die Bundespolizei eingreifen, weil Teenager sich für ein Foto in Lebensgefahr begeben: Vor allem Mädchen wagen sich auf Bahngleise und machen dort Bilder von sich selbst, sogenannte Selfies. Die Motive landen oft in Online-Netzwerken wie Facebook und dienen als Beleg für Mutproben oder Freundschaftsbeweise. Zuletzt starb bei Bremen ein Mädchen, auch in Stuttgart und München gab es jüngst solche Zwischenfälle. SEITE 9

Heute lesen Sie

**Größte Luftfahrtmesse**

mit Show in Paris eröffnet. Seite 7

Gewerbliche Anzeigen 0751 / 29 551 118  
Private Anzeigen 0751 / 29 555 444  
Aboservice 0751 / 29 555 555  
Ticket Service 0751 / 29 555 777

## Schwere Schäden im Südwesten



Nach den Regenfällen und Überflutungen vom Sonntag, so wie auf unserem dpa-Bild aus Oberstdorf, haben an vielen Orten in Baden-Württemberg und Bayern die Aufräumarbeiten begonnen. Wie es in Oberstdorf und anderswo aussieht, lesen Sie auf SEITE 3

## Die Wirtschaft braucht Flüchtlinge

Vor Spitzengespräch bei Kanzlerin fordern Arbeitgeber schnelle Integration

Von Rasmus Buchsteiner

BERLIN - Während Bund und Länder über Milliardenbeträge für die Unterbringung von Flüchtlingen streiten, denkt die Wirtschaft an die Chancen, die Hunderttausende Asylbewerber für Deutschlands Unternehmen in Zeiten des Fachkräftemangels bedeuten könnten. „Viele Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung zu uns kommen, werden längerfristig oder sogar für immer bleiben“, erklärt Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer. „Es ist im

Interesse aller, alles zu tun, damit sich diese Menschen zügig in den Arbeitsmarkt integrieren können.“ Auch DIHK-Präsident Eric Schweitzer fordert im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“ mehr Chancen für Asylbewerber. „Ganz wichtig ist, dass schutzbedürftige Flüchtlinge möglichst schnell Zugang zu Sprachkursen bekommen, denn ohne Sprachkenntnisse helfen auch leichtere Zugangswege in den Arbeitsmarkt nicht“, erklärte Schweitzer am Montag. Die großen Wirtschaftsverbände und die Bundesagentur für Arbeit wollen die Chancen von Flüchtlingen verbessern und setzen auf eine Einigung beim Spitzengespräch von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und den Ministerpräsidenten am Donnerstag in Berlin. Der Daimler-Konzern hatte gefordert, Flüchtlingen schon nach einem Jahr in Deutschland eine Arbeitserlaubnis zu erteilen.

Seit Kurzem sind nur noch drei statt neun Monate Wartezeit bis zur Übernahme eines Jobs vorgesehen. Geprüft wird dann, ob Arbeitslose aus Deutschland oder anderen EU-Ländern für die betreffende Stelle auch infrage kämen. Nach 15 Monaten Aufenthalt entfällt auch diese Prüfung. Ohne Kernkenntnisse der deutschen Sprache sind die Chancen von Flüchtlingen auf Arbeit aber gering. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit werden derzeit rund 366 000 Erwerbsfähige aus Asylländern von Vermittlern zumeist in den Jobcentern betreut. Das waren 49 000 oder 16 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Mehr als die Hälfte des Anstiegs entfalle auf Syrer. LEITARTIKEL/SEITE 4

Es sind solche Staatsangehörige, die unabhängige Journalisten, die für Flüchtlinge einen offenen Zugang zum Arbeitsmarkt fordern, als „blinde, hirnkranke Schmierfinken“ beschimpfen. Die unzureichenden Argumente dieser Kritiker lauten: Asylbewerber gehe es bei uns besser als deutschen Staatsangehörigen, Flüchtlinge würden den Deutschen Arbeit und Wohnung wegnehmen und das, obwohl sie doch in ihren Heimatländern nur Eselskarren gezogen hätten. Deutsche Staatsdiener würden es nicht mal auf die Reihe bringen, deutsche Fachkräfte in Arbeit zu bringen. Schluss damit. Es ist höchste Zeit, dass arbeitswillige und arbeitsfähige Flüchtlinge zügig in den Arbeitsmarkt integriert werden mit Sprachkursen, Ausbildung, Anerkennung ihrer Berufs- und Studienabschlüsse und Arbeitserlaubnissen. Süddeutschland mit seinen vielen offenen Stellen darf es sich nicht leisten, diese Chance zu versäumen. Alle gewinnen, keiner verliert. Wer vor Krieg und Vertreibung im Heimatland geflohen ist und den Schock überwinden hat, wird dankbar sein, in der neuen Heimat eine Aufgabe zu finden und sein Leben selbst wieder in die Hand zu nehmen - anstatt von deutschen Ämtern abhängig zu sein oder sich auf illegale Weise zu beschäftigen. Es ist ein Geben und Nehmen: Fördert das System die Jobchancen der Flüchtlinge, können diese wiederum das System stützen - auch als Steuerzahler. Es steht jedem unzufriedenen Deutschen frei, Verantwortung für sich selbst zu tragen anstatt den Kopf in den Sand zu stecken und die Schuld für eigenes Scheitern bei anderen zu suchen. An der Willkommenskultur müssen manche Bürger noch arbeiten - oder besser erstmal an sich selbst.

## EZB sieht Athen am Zug

Draghi will Staatsbankrott vermeiden helfen

BRÜSSEL (dpa) - Im festgefahrenen griechischen Schuldenstreit sieht die Europäische Zentralbank (EZB) Athen am Zug. Der Ball liege jetzt im Feld der griechischen Regierung, sagte EZB-Präsident Mario Draghi am Montag vor dem Wirtschafts- und Währungsausschuss des EU-Parlaments in Brüssel. „Es sei eine „starke und umfassende“ Vereinbarung zwischen dem hoch verschuldeten Euroland und seinen Geldgebern nötig - „und wir

brauchen diese sehr bald“, sagte Draghi. Die EZB tue alles, um einen Abschluss zu erleichtern. Nachdem am Wochenende Vermittlungsbemühungen der EU-Kommission erfolglos geblieben waren, läuft die Zeit davon. Das bereits zweimal verlängerte Hilfspaket läuft Ende Juni aus. Dann droht dem Land die Staatspleite. Die Verhandlungen drehen sich um die letzte Tranche des noch laufenden Programms in Höhe von 7,2 Milliarden Euro. SEITE 4

## Kauder will Schutz vom Bund

Was Südwest-Abgeordnete gegen Hackerangriffe tun

BERLIN (sa) - Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) soll nach Ansicht von Unions-Fraktionschef Volker Kauder dem Bundestag helfen, sich gegen Hackerangriffe zu schützen. „Für mich ist das eine Selbstverständlichkeit, dass die, die das am besten können, auch für uns da sind“, sagte Kauder der „Schwäbischen Zeitung“. Das BSI ist für die IT-Sicherheit der Bundesregierung und der Bundesbehörden zuständig. Die Grünen

äußern Bedenken gegen den Schutz des Bundestags durch das BSI. Der netzpolitische Sprecher der Fraktion, Konstantin von Notz, meinte, natürlich könne man sich beim BSI Rat holen. Doch man müsse die Gewaltenteilung beachten. Der Bundestag brauche eigene Institutionen zu seinem Schutz. Viele Abgeordnete fühlen sich nach dem Hackerangriff nicht mehr sicher. Von einem „unguten Gefühl“ spricht der SPD-Abgeordnete Martin Gerster. POLITIK

## Unterm Strich

### Recht und Ordnung

Erwischt! Die Polizei in Overton, US-Bundesstaat Texas, ist zwei illegalen Geschäftsleuten auf die Schliche gekommen. Andria Green, 8 Jahre, und ihre Schwester Zoey, 7 Jahre, hatten an der Straße vor ihrem Wohnhaus einen selbst gestellten Getränkestand errichtet. Die Schwestern verkaufen Limo für 50 Cent pro Becher und Popcorn für einen Dollar - bis die Polizei eingriff. Das Betrugswar war ohne Verkaufsgenehmigung. Die Täter hätten wissen müssen, dass in Texas noch Recht und Ordnung zählen. So ist es dort verboten,

Graffiti auf fremde Kühle zu sprühen. Auch darf man vom zweiten Stock eines Hotels keine Büffel erschießen, was genauso eine Strafe mit sich zieht, wie in San Antonio der Gebrauch von Augen und Händen beim Flitzen. Kinder, die illegal Waren absetzen, sind auch hierzulande ein Problem, im Fokus der Ermittler stehen Kinderflohmärkte. Oft liegen zwar Kuittionen der Standgebühr vor, die Behörden klagen jedoch über Kinderarbeit. Auch unlauterer Wettbewerb steht im Raum, da Standbetreiber ihre Markenwaren (Lego, Playmobil, Barbie) zu Pfennigbeträgen,

spricht Dumpingpreisen anbieten. Schwere haben es die Ermittler, wenn die Illegalen ihre Verkaufsstellen spontan in Wohngebieten ausbreiten und genauso schnell verschwinden, wie sie gekommen sind. In Texas wehrt man sich gegen den Vorwurf der Kinderfeindlichkeit. „Im Gegenteil, wir handeln zum Schutz der Kleinen“, so ein Sheriff. Die Folge: Kinder unter zehn Jahren, die einen Limostand betreiben, müssen künftig eine Schusswaffe bei sich tragen. (dg)



FOTO: SHU

Leitartikel

Von Tanja Schuhbauer

## Alle gewinnen, keiner verliert

Die deutsche Wirtschaft will Flüchtlinge leichter in Arbeit bringen. Diese Nachricht wird dumpe Stammischschwätzer wieder zur Höchstform auflaufen lassen. Solche nämlich, die meinen, ihren unreflektierten Frust über sich selbst und die vermeintliche Ungerechtigkeit in dieser Welt in Form von orthografisch schwachen Leserbriefen äußern zu müssen.

Es sind solche Staatsangehörige, die unabhängige Journalisten, die für Flüchtlinge einen offenen Zugang zum Arbeitsmarkt fordern, als „blinde, hirnkranke Schmierfinken“ beschimpfen. Die unzureichenden Argumente dieser Kritiker lauten: Asylbewerber gehe es bei uns besser als deutschen Staatsangehörigen, Flüchtlinge würden den Deutschen Arbeit und Wohnung wegnehmen und das, obwohl sie doch in ihren Heimatländern nur Eselskarren gezogen hätten. Deutsche Staatsdiener würden es nicht mal auf die Reihe bringen, deutsche Fachkräfte in Arbeit zu bringen. Schluss damit. Es ist höchste Zeit, dass arbeitswillige und arbeitsfähige Flüchtlinge zügig in den Arbeitsmarkt integriert werden mit Sprachkursen, Ausbildung, Anerkennung ihrer Berufs- und Studienabschlüsse und Arbeitserlaubnissen. Süddeutschland mit seinen vielen offenen Stellen darf es sich nicht leisten, diese Chance zu versäumen. Alle gewinnen, keiner verliert. Wer vor Krieg und Vertreibung im Heimatland geflohen ist und den Schock überwinden hat, wird dankbar sein, in der neuen Heimat eine Aufgabe zu finden und sein Leben selbst wieder in die Hand zu nehmen - anstatt von deutschen Ämtern abhängig zu sein oder sich auf illegale Weise zu beschäftigen. Es ist ein Geben und Nehmen: Fördert das System die Jobchancen der Flüchtlinge, können diese wiederum das System stützen - auch als Steuerzahler. Es steht jedem unzufriedenen Deutschen frei, Verantwortung für sich selbst zu tragen anstatt den Kopf in den Sand zu stecken und die Schuld für eigenes Scheitern bei anderen zu suchen. An der Willkommenskultur müssen manche Bürger noch arbeiten - oder besser erstmal an sich selbst.

Es ist ein Geben und Nehmen: Fördert das System die Jobchancen der Flüchtlinge, können diese wiederum das System stützen - auch als Steuerzahler. Es steht jedem unzufriedenen Deutschen frei, Verantwortung für sich selbst zu tragen anstatt den Kopf in den Sand zu stecken und die Schuld für eigenes Scheitern bei anderen zu suchen. An der Willkommenskultur müssen manche Bürger noch arbeiten - oder besser erstmal an sich selbst.

Es ist ein Geben und Nehmen: Fördert das System die Jobchancen der Flüchtlinge, können diese wiederum das System stützen - auch als Steuerzahler. Es steht jedem unzufriedenen Deutschen frei, Verantwortung für sich selbst zu tragen anstatt den Kopf in den Sand zu stecken und die Schuld für eigenes Scheitern bei anderen zu suchen. An der Willkommenskultur müssen manche Bürger noch arbeiten - oder besser erstmal an sich selbst.

Wetter

16° bis 20°C  
Ein stabiles Hoch ist noch nicht in Sicht

Börse

DAX: -1,89 %  
Aktuell: 10 984,97 | Vortag: 11 964,49

Nr. 135 | B 6206

4 190620 601605 2 0 2 5

SCHWÄBISCH MEDIA